



Empfehlung des Rates zur regionalen Entwicklungspolitik

Inoffizielle Übersetzung



OECD-Rechtsinstrumente

Das vorliegende Dokument wird unter der Verantwortung des Generalsekretärs der OECD veröffentlicht. Es gibt ein OECD-Rechtsinstrument wieder und kann zusätzliches Material enthalten. Die im zusätzlichen Material zum Ausdruck gebrachten Meinungen und Argumente spiegeln nicht zwangsläufig die offizielle Einstellung der Mitgliedsländer der OECD wider.

Dieses Dokument sowie die darin enthaltenen Daten und Karten berühren weder den völkerrechtlichen Status von Territorien noch die Souveränität über Territorien, den Verlauf internationaler Grenzen und Grenzlinien sowie den Namen von Territorien, Städten oder Gebieten.

Die offiziellen und aktuellen Texte der OECD-Rechtsinstrumente sowie andere damit verbundene Informationen sind im Kompendium der OECD-Rechtsinstrumente unter <http://legalinstruments.oecd.org> verfügbar.

Bitte zitieren Sie dieses Dokument wie folgt:

OECD, *Empfehlung des Rates zur regionalen Entwicklungspolitik*, OECD/LEGAL/0492

Reihe: OECD-Rechtsinstrumente

Übersetzung durch den Deutschen Übersetzungsdienst der OECD.

Bildquelle: © OECD

© OECD 2023

Dieses Dokument wird kostenlos zur Verfügung gestellt. Es darf kostenlos reproduziert und verteilt werden, ohne dass weitere Genehmigungen erforderlich sind, solange es nicht in irgendeiner Weise verändert wird. Es darf nicht verkauft werden.

Dies ist keine amtliche Übersetzung. Obwohl die größtmöglichen Anstrengungen unternommen wurden, um die Übereinstimmung mit den Originaltexten zu gewährleisten, sind der englische und der französische Text die einzigen amtlichen Fassungen. Sie sind auf der OECD-Website <https://legalinstruments.oecd.org> verfügbar.

Hintergrundinformationen

Die Empfehlung zur regionalen Entwicklungspolitik wurde vom Rat der OECD auf Ministerebene am 8. Juni 2023 auf Vorschlag des Ausschusses für die Politik der räumlichen Entwicklung (RDPC) verabschiedet. Die Empfehlung bietet den zustimmenden Ländern einen kohärenten und strategischen Rahmen zur Gestaltung und Umsetzung effektiver Maßnahmen zur regionalen Entwicklung.

Notwendigkeit eines Standards zur regionalen Entwicklungspolitik

Regierungen erkennen weltweit schon seit Langem den wichtigen Beitrag an, den Regionen, einschließlich ihrer Städte und ländlichen Gebiete, zur nationalen Wirtschaftsleistung, Lebensqualität, ökologischen Nachhaltigkeit und Resilienz leisten. Regionen spielen zudem eine Schlüsselrolle bei der wirtschaftlichen und sozialen Bewältigung und Anpassung in Bezug auf Megatrends wie Klimawandel, Digitalisierung, demografische Veränderungen und Globalisierung, die sich innerhalb der OECD-Länder sehr asymmetrisch auswirken. Gleichzeitig unterscheiden sich die Regionen innerhalb der OECD-Länder stark hinsichtlich ihrer Wirtschaftsstruktur, Leistung und Lebensqualität. Diese Vielfalt hat wesentliche Auswirkungen auf die Gestaltung und Umsetzung von Politikmaßnahmen. Des Weiteren bestehen in vielen OECD-Ländern nach wie vor erhebliche Ungleichheiten zwischen den Regionen.

Der RDPC hat schon vor langer Zeit darauf hingewiesen, dass sich hinter der nationalen Leistung oft große Unterschiede bei den wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Ergebnissen verbergen, je nachdem, wo die Menschen leben. Als das führende internationale Forum für hochrangige Entscheidungsträger*innen in der regionalen Entwicklungspolitik hat der RDPC in den letzten zwanzig Jahren die multilaterale Debatte über das politische Denken in diesem Bereich geleitet, indem er in verschiedenen OECD-Ländern (u. a. auf regionaler und lokaler Ebene) eingehende Studien durchgeführt und zahlreiche Publikationen veröffentlicht hat. Auf diesem Weg hat der RDPC die internationale Debatte mitgestaltet und das „Warum“, „Was“ und „Wie“ der regionalen Entwicklungspolitik geprägt.

Die jüngsten Krisen haben nicht alle Regionen innerhalb der Länder in gleichem Maße getroffen. Die asymmetrischen Auswirkungen dieser Schocks haben die Schwachstellen einiger Regionen aufgedeckt. Sie haben auch deutlich gemacht, dass die Politikmaßnahmen zur Abfederung der Schocks auf die jeweilige Region zugeschnitten sein müssen, da die Auswirkungen je nach Region sehr unterschiedlich sind. Die jüngsten Krisen zeigen auch erneut, dass das Ignorieren großer regionaler Ungleichheiten einen hohen Preis hat. Zudem verfügen nicht alle Regionen über die gleichen Mittel, um Megatrends zu bewältigen. Die regionale Entwicklungspolitik ist also wichtiger denn je, um Entscheidungsträger*innen dabei zu unterstützen, diese komplexen Herausforderungen und Zielkonflikte zu bewältigen und die Resilienz der Regionen zu stärken.

Inklusiver Entstehungsprozess der Empfehlung

2022 stufte der RDPC die Erarbeitung eines OECD-Standards zur regionalen Entwicklung als Priorität ein, um die in den letzten 20 Jahren gesammelten Befunde, Erkenntnisse und politischen Verfahren zusammenzufassen. Auf dieser Grundlage diskutierte der RDPC erstmals im Mai 2022 die Erarbeitung einer Reihe von Grundsätzen zur regionalen Entwicklung. Angesichts des großen Interesses der Mitgliedsländer an diesem Projekt wurde vorgeschlagen, diese Grundsätze in einer OECD-Empfehlung zu verankern.

Darauf aufbauend wurde die Empfehlung in einem inklusiven und interaktiven Prozess entwickelt. Als besonders hilfreich erwiesen sich dabei die Kommentare, Anregungen und Einschätzungen des RDPC und der Fachleute aus verschiedenen Tätigkeitsbereichen der OECD. Des Weiteren wurden die Säulen der Empfehlung bei einem Konsultationsseminar im März 2023 wichtigen Interessenträgern auf dem Gebiet der regionalen Entwicklung vorgestellt.

Anwendungsbereich der Empfehlung

Die Empfehlung bietet einen umfassenden Politikrahmen für die Gestaltung und Umsetzung effektiver Maßnahmen zur regionalen Entwicklung. Sie baut auf bestehenden OECD-Standards und -Instrumenten unter der Verantwortung des RDPC auf, einschließlich der Empfehlung von 2014 über

wirksame öffentliche Investitionen auf den verschiedenen Verwaltungsebenen [Recommendation on Effective Public Investment across Levels of Government [OECD/LEGAL/0402](#)] sowie der Erklärung von 2019 über Politikmaßnahmen zum Aufbau einer besseren Zukunft für Regionen, Städte und ländliche Gebiete [Declaration on Policies for Building Better Future for Regions, Cities and Rural Areas [OECD/LEGAL/0448](#)]. Darüber hinaus stützt sich die Empfehlung auf die OECD-Grundsätze zur Politik für städtische Räume [[OECD Principles on Urban Policy](#)], die OECD-Grundsätze zur Politik für ländliche Räume [[OECD Principles on Rural Policy](#)] und die [OECD-Grundsätze zur Wassergovernance](#), die vom RDPC verabschiedet wurden. In der Empfehlung wird davon ausgegangen, dass die regionale Entwicklungspolitik ein langfristiger sektor- und ebenenübergreifender Politikbereich ist, der darauf abzielt, den Beitrag aller Regionen zur nationalen Leistung zu verbessern und Ungleichheiten zwischen Orten und zwischen Menschen zu verringern. In der regionalen Entwicklungspolitik wird anerkannt, dass das für die Gestaltung und Umsetzung einer Politikmaßnahme für einen bestimmten Ort relevante Wissen in diesem Ort selbst verankert ist und bei den Menschen und Gemeinschaften liegt. Im Fall einiger zustimmender Länder liegt dieses Wissen insbesondere bei indigenen Bevölkerungsgruppen, die wesentliche Partner bei ortsbezogenen Konzepten zur regionalen Entwicklung sind. Maßnahmen zur regionalen Entwicklung können auf nationaler oder subnationaler Verwaltungsebene verabschiedet werden.

Die Empfehlung basiert auf zehn komplementären Säulen der regionalen Entwicklungspolitik. Dabei handelt es sich um: 1. Gestaltung und Umsetzung einer regionalen Entwicklungsstrategie, 2. Ausrichtung auf die geeignete regionale Größenordnung, 3. Einbindung der Gemeinschaften und Interessenträger in eine Koproduktion, 4. Stärkung der Resilienz von Regionen, 5. Förderung regionaler Daten, 6. Aufbau einer soliden Mehrebenen-Governance, 7. Stärkung von Kapazitäten, 8. Mobilisierung finanzieller Mittel, 9. Förderung von Integrität und 10. Förderung des Leistungsmanagements.



In der Empfehlung werden die Unterschiede zwischen den Ländern in Bezug auf Mehrebenen-Governance und die verschiedenen Zuständigkeiten bzw. geteilten Verantwortlichkeiten der subnationalen Verwaltungsebenen bei der regionalen Entwicklungspolitik anerkannt. Die Empfehlung ist auf allen Verwaltungsebenen anwendbar, ihre Umsetzung kann jedoch abhängig von den Zuständigkeiten und Interessen der zustimmenden Länder, insbesondere auf subnationaler Ebene, zwischen und in den zustimmenden Ländern variieren.

Nächste Schritte

Der RDPC arbeitet an einem Toolkit zur Umsetzung der Empfehlung, das die zustimmenden Länder bei der Konzeption ihrer eigenen Maßnahmen zur regionalen Entwicklung nutzen können. Es enthält detaillierte, handlungsorientierte Leitlinien für die Umsetzung der der Empfehlung zugrunde liegenden zehn Säulen, praktische Informationen sowie relevante Beispiele bewährter Praktiken.

Parallel dazu wird die OECD die Aktivitäten und neu entstehenden Trends im Bereich der regionalen Entwicklung beobachten und sicherstellen, dass die Empfehlung im Zeitverlauf relevant bleibt. Hierfür wird die Organisation auch weiterhin relevante Länderberichte, themenbezogene Studien und Berichte über bewährte Praktiken erstellen und Round-Table-Gespräche, Workshops und Konferenzen organisieren.

Der RDPC wird dem Rat über die Umsetzung, Verbreitung und anhaltende Relevanz dieser Empfehlung im Jahr 2028 Bericht erstatten.

Weitere Informationen: <https://www.oecd.org/regional/>.

Kontakt: regions@oecd.org.

DER RAT,

GESTÜTZT AUF Artikel 5 Buchstabe b des Übereinkommens über die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vom 14. Dezember 1960;

GESTÜTZT AUF die von der OECD erarbeiteten Standards in den Bereichen öffentliche Investitionen und Infrastruktur, Haushaltsführung, öffentliche Auftragsvergabe, Politikevaluierung, Integrität des öffentlichen Sektors, Open Government, Regulierungspolitik, Beschäftigung und Führungskultur im öffentlichen Dienst, Klimawandel, Umwelt, Digitalisierung und Daten-Governance, Unternehmertum, soziale und solidarische Wirtschaft und Innovationen;

GESTÜTZT AUF die von anderen internationalen Organisationen geleistete Arbeit, einschließlich der von ihnen entwickelten Standards, die die entscheidende Bedeutung unterstreichen, die ortsbezogenen Politikmaßnahmen sowie lokalen und regionalen Behörden an der Seite nationaler Regierungen dabei zukommt, globale Ziele zu erreichen und niemanden zurückzulassen;

ANGESICHTS der großen und anhaltenden Ungleichheiten bei der regionalen Wirtschaftsleistung und Lebensqualität in vielen Ländern sowie der Tatsache, dass globale Megatrends, wie insbesondere Klimawandel, Digitalisierung, demografische Veränderungen und Globalisierung, sowie verschiedene Schocks und Krisen asymmetrische Auswirkungen innerhalb der Länder haben und in manchen Fällen bestehende Ungleichheiten verstärken können;

IN ANERKENNUNG des wichtigen Beitrags der Regionen, einschließlich ihrer Städte und ländlichen Gebiete, zur nationalen Wirtschaftsleistung, Lebensqualität, ökologischen Nachhaltigkeit und Resilienz sowie der Rolle der Regionen bei der wirtschaftlichen und sozialen Bewältigung von und Anpassung an Megatrends;

IN DER ERKENNTNIS, dass einheitliche Herangehensweisen angesichts der geografischen Vielfalt nicht berücksichtigen, dass es verschiedene mögliche Wege und räumliche Anordnungen für die wirtschaftliche Entwicklung gibt, weshalb solche Lösungen allein nicht ausreichen, um die grundsätzlich heterogenen Entwicklungs Herausforderungen der Regionen und Orte zu bewältigen;

IN DER ERKENNTNIS, dass Maßnahmen zur regionalen Entwicklung eine wichtige Ergänzung zu sektorpolitischen Maßnahmen darstellen, da sie eine auf die Besonderheiten jedes Ortes zugeschnittene integrierte Entwicklungsstrategie bieten;

ANGESICHTS der Tatsache, dass die regionale Entwicklungspolitik in der gemeinsamen Verantwortung der nationalen und subnationalen Verwaltungsebenen liegt, dass Mehrebenen-Governance-Strukturen, einschließlich ebenenübergreifender Haushaltsrahmen, unabhängig vom Dezentalisierungsgrad Teil eines jeden Regierungssystems sind, und dass diese Empfehlung demnach entsprechend den rechtlichen, politischen und institutionellen Rahmenbedingungen für alle Verwaltungsebenen relevant ist;

auf Vorschlag des Ausschusses für die Politik der räumlichen Entwicklung:

I. KOMMT ÜBEREIN, dass für die Zwecke dieser Empfehlung folgende Definitionen gelten:

- **Regionale Entwicklungspolitik** ist eine langfristige sektor- und ebenenübergreifende Politik, die darauf abzielt, den Beitrag aller Regionen zur nationalen Leistung zu verbessern und Ungleichheiten zwischen Orten und zwischen Menschen zu verringern, indem eine langfristig nachhaltige Entwicklung in allen Regionen durch strategische und gezielte staatliche Maßnahmen, Investitionen und Dienstleistungen gefördert wird, die auf die spezifischen Bedürfnisse und Chancen der Regionen und ihrer Einwohner*innen zugeschnitten sind.
- **Regionen oder Orte** bezieht sich auf räumliche Gebiete oder Untereinheiten innerhalb von Ländern mit Siedlungen und Gemeinschaften in verschiedenen Größen. Dazu zählen u. a. abgelegene Gebiete, ländliche Gebiete, kleine und mittlere Städte und deren Viertel sowie große urbane und periurbane Gebiete und Metropolregionen (Städte und deren Einzugsgebiete) sowie die darin enthaltenen ländlichen Gebiete. Der Begriff „Region“ wird räumlich verstanden und bezieht sich nicht auf administrative oder politische Einheiten.
- **Subnationale Verwaltungsebenen** bezieht sich auf alle Verwaltungsebenen unterhalb der nationalen Ebene. Dazu zählen Regionalverwaltungen und Bundesstaaten, andere mittlere Verwaltungsebenen (z. B. *départements*, *counties*, Provinzen) und Kommunal-, Lokal- bzw. Metropolverwaltungen.

- **Mehrebenen-Governance** bezieht sich auf die institutionellen und finanziellen Wechselwirkungen innerhalb der und zwischen den Verwaltungsebenen und einer großen Bandbreite an nicht-staatlichen Interessenträgern, einschließlich privaten Akteuren und Bürger*innen, bei der Gestaltung und Umsetzung staatlicher Maßnahmen, die auf subnationaler Ebene zum Tragen kommen. Diese Wechselwirkung ist durch gegenseitige Abhängigkeit zwischen den Verwaltungsebenen gekennzeichnet und verläuft vertikal (zwischen verschiedenen Verwaltungsebenen), horizontal (innerhalb derselben Verwaltungsebene) und vernetzt mit einer größeren Bandbreite an nicht-staatlichen Interessenträgern (Bürger*innen, private Akteure).

II. EMPFIEHLT, dass die Mitgliedsländer und Nichtmitgliedsländer, die dieser Empfehlung zustimmen (im Folgenden die „zustimmenden Länder“), eine effektive ortsbezogene regionale Entwicklungspolitik fördern und umsetzen, um eine inklusive und nachhaltige Entwicklung und eine hohe Lebensqualität für alle Menschen zu unterstützen. Zu diesem Zweck sollten die zustimmenden Länder

1. eine integrierte und ausgewogene Strategie zur regionalen Entwicklung entwerfen und umsetzen, die auf verschiedene Orte zugeschnitten ist, indem sie

- a) gemeinsam mit subnationalen Verwaltungsebenen und Gemeinschaften klare und differenzierte Ziele für die regionale Entwicklung definieren, die letztlich den Beitrag aller Regionen zur nationalen Wirtschaftsleistung, Lebensqualität, ökologischen Nachhaltigkeit und Resilienz sowie die Reduzierung regionaler Ungleichheiten fördern;
- b) komplementäre sektorpolitische Maßnahmen, Investitionen und öffentliche Dienstleistungen aus einer regionalen Perspektive angehen, um sicherzustellen, dass sie einander verstärken und dass die Ziele der Sektorpolitik und der regionalen Entwicklungspolitik aufeinander abgestimmt sind;
- c) die spezifischen wettbewerblichen und absoluten Vorteile jeder Region auf nationaler und internationaler Ebene sowie endogene Antriebskräfte der Produktivität, Lebensqualität und ökologischen Nachhaltigkeit nutzen;
- d) die Lebensqualität der Menschen ins Zentrum der regionalen Entwicklungspolitik stellen, indem sie gezielt auf die spezifischen Bedürfnisse aller Bevölkerungsgruppen eingehen, einschließlich vulnerabler, unterrepräsentierter und marginalisierter Gruppen;
- e) Regionen bei der Entwicklung solider Ansätze unterstützen, um für Investoren, Talente und Besucher*innen aus der ganzen Welt attraktiver zu werden und ihre Einbindung in globale Märkte und Wertschöpfungsketten zu fördern.

2. die geeignete(n) regionale(n) Größenordnung(en) für Politikmaßnahmen festlegen, um alle Arten der gegenseitigen Abhängigkeit zwischen und innerhalb von Regionen zu berücksichtigen, u. a. durch allseits vorteilhafte Partnerschaften, indem sie

- a) als Ergänzung zu den bestehenden Verwaltungsgrenzen der subnationalen Ebenen funktionale Räume berücksichtigen, die die möglichen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Verbindungen zwischen den Gebieten widerspiegeln;
- b) städtische und ländliche Gebiete u. a. durch gemeinsame Strategien verzahnen, um ihre Synergien zu maximieren, die Bereitstellung öffentlicher Güter zu steigern, Skalenvorteile im öffentlichen Dienst zu erzielen und neue wirtschaftliche und soziale Möglichkeiten zu entwickeln.

3. regionale und lokale Gemeinschaften und Interessenträger während des gesamten Politikgestaltungszyklus aktiv einbinden, um das Wissen zu sammeln und gemeinsam zu entwickeln, das erforderlich ist, um die Bedürfnisse der Regionen zu erfassen und ihre spezifischen Stärken zu nutzen, indem sie

- a) günstige mit ausreichenden Kapazitäten und Ressourcen ausgestattete Rahmenbedingungen für partizipative und deliberative Prozesse schaffen, an denen alle Interessenträger sowie alle regionalen und lokalen Gemeinschaften beteiligt sind, einschließlich der Bürger*innen, der Zivilgesellschaft, des privaten Sektors, der Arbeitnehmerverbände, der Finanz- und Bildungseinrichtungen und Sozialpartner;
- b) strategische Kommunikationskanäle, Transparenz und den Zugang zu eindeutigen, vollständigen, aktuellen, verlässlichen und relevanten Informationen, Daten und Erkenntnissen fördern.

4. die regionale Entwicklungspolitik dafür nutzen, die asymmetrischen Auswirkungen globaler Megatrends und Schocks zu bewältigen und für eine nachhaltige und gerechte ökologische Transformation zu sorgen, indem sie

- a) das Erreichen der Treibhausgasneutralität und der ökologischen Transformation in den Regionen unterstützen, u. a. durch die Förderung von ökologischen Innovationen und Investitionen, von Klimaschutzmaßnahmen und -finanzierung auf subnationaler Ebene und der Einführung von Kreislaufwirtschaftsstrategien;
- b) den Zugang zur digitalen Infrastruktur, zu soliden Data-Governance-Strukturen sowie zum Erwerb und zur Aktualisierung von Kompetenzen verbessern, die digitale Kluft zwischen städtischen und ländlichen Gebieten verringern sowie die Digitalisierungschancen in allen Orten nutzen;
- c) die Regionen bei der Anpassung an den demografischen Wandel unterstützen, um u. a. ein nachhaltiges und ausgewogenes Dienstleistungsangebot zu sichern, und zugleich Innovationen und Flexibilität fördern und Zielkonflikte zwischen Kosten und Zugang bewältigen;
- d) Ziele und Prioritäten für die regionale Entwicklung festlegen, die die Synergien nutzen und die Zielkonflikte zwischen den Transformationen lösen;
- e) sicherstellen, dass Maßnahmen für die regionale Entwicklung, Investitionsentscheidungen und Verfahren der öffentlichen Verwaltung zukunftssicher, zukunftsorientiert, flexibel und agil sind, um kurz- und langfristige Veränderungen besser vorausszusehen und sich besser darauf vorzubereiten und die Resilienz in allen Gebieten zu stärken.

5. die Verfügbarkeit und Qualität international vergleichbarer Daten und Indikatoren für verschiedene regionale Größenordnungen fördern, um die regionale Entwicklungspolitik zu fundieren und Erkenntnisse für den Entscheidungsprozess zu gewinnen, indem sie

- a) die Verfügbarkeit, Zugänglichkeit und Granularität subnationaler Indikatoren zu demografischen, sozio-ökonomischen, ökologischen und finanziellen Bedingungen sowie zur Lebensqualität in allen Arten von Regionen und gemäß internationalen Standards und Definitionen verbessern, u. a. durch offizielle statistische Erhebungen und administrative Daten sowie regionale Klassifikationen;
- b) die Einführung internationaler Standards zur Entwicklung subnationaler Statistiken für relevante Bereiche der regionalen Entwicklungspolitik fördern, u. a. in Bezug auf globale Transformationen und Megatrends wie den demografischen Wandel, die Digitalisierung, Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Klimawandel und der Biodiversität sowie die Globalisierung;
- c) das Potenzial von Smart, Big und Open Data, einschließlich Geodaten, als Quellen für offizielle Statistiken subnationaler Daten und Indikatoren ausschöpfen, um Entscheidungen der regionalen Entwicklungspolitik durch aktuelle und qualitativ hochwertige Informationen und Erkenntnisse zu fundieren und zu ermöglichen, und dabei für eine solide Daten-Governance sorgen, insbesondere um die Privatsphäre natürlicher Personen zu schützen.

6. solide Mehrebenen-Governance-Strukturen aufbauen, um eine kohärente regionale Entwicklungspolitik zu fördern, indem sie

- a) effektive Methoden und Instrumente einführen, um die Gestaltung und Umsetzung der regionalen Entwicklungspolitik zwischen nationalen und subnationalen Verwaltungsebenen sowie Interessenträgern zu koordinieren und so deren gegenseitige Abhängigkeit zu steuern und um sicherzustellen, dass die Bedürfnisse der verschiedenen Regionen und die sie betreffenden Auswirkungen in den verschiedenen Politikbereichen, die ihre Erfolgsaussichten und Ergebnisse beeinflussen, berücksichtigt werden;
- b) Mechanismen nutzen, um die sektorübergreifende Koordinierung auf den nationalen und subnationalen Verwaltungsebenen zu erleichtern, wie u. a. strategische Rahmen für öffentliche Investitionen, ressortübergreifende bzw. interministerielle Ausschüsse und Programme, gemeinsame Investmentfonds sowie die Harmonisierung von Programmvorschriften;
- c) Anreize und Möglichkeiten für eine Verwaltungsgrenzen überschreitende Zusammenarbeit von subnationalen Verwaltungsebenen schaffen, um Komplementäreffekte in der regionalen Entwicklungspolitik zu stärken und zu ermöglichen, u. a. durch metropolitane Governance-Strukturen, Partnerschaften zwischen städtischen und ländlichen Gebieten sowie interkommunale, überregionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit;

- d) innovative Koordinierungsmechanismen innerhalb der und zwischen den Verwaltungsebenen sowie Bottom-up-Initiativen für die regionale Entwicklung fördern und einführen, u. a. durch experimentelle Governance-Ansätze und neue Arten der Partnerschaft.

7. administrative, strategische und technische Kapazitäten für die Gestaltung und Umsetzung der regionalen Entwicklungspolitik auf nationalen und subnationalen Verwaltungsebenen stärken, indem sie

- a) kontinuierlich die Fähigkeiten und Kompetenzen identifizieren, die insbesondere auf subnationaler Ebene für die Leitung und Umsetzung einer effektiven regionalen Entwicklungspolitik erforderlich sind, vor allem in Bezug auf strategische Planung, Regulierung, Politik- und Programmmanagement, Projektvorprüfung, Auftragsvergabe, Finanzen und Haushaltsführung, Infrastrukturinvestitionen, öffentliche/private Investitionsinstrumente, Datenverwaltung, Akteursbeteiligung, Aufbau von Partnerschaften sowie Monitoring und Evaluierung, und dabei aktuelle und zukünftige Bedürfnisse und Herausforderungen berücksichtigen;
- b) für eine Lernkultur sorgen, die die regionale Entwicklungspolitik unterstützt, indem sie u. a. im Einklang mit der regionalen Entwicklungspolitik und organisatorischen Zielen Lernmöglichkeiten bieten und kontinuierliche Weiterbildung, Erfahrungsaustausch, Learning by Doing und Innovationen fördern.

8. diversifizierte, ausgewogene und nachhaltige Finanzmittel mobilisieren, um die regionale Entwicklungspolitik auf den nationalen und subnationalen Verwaltungsebenen angemessen zu finanzieren, indem sie

- a) die Finanzierung der regionalen Entwicklung auf die Ziele nationaler und subnationaler Maßnahmen zur regionalen Entwicklung abstimmen;
- b) die Prioritäten der regionalen Entwicklungspolitik mit den Haushaltsverfahren, insbesondere der Kapitalbedarfsplanung für Infrastrukturinvestitionen, verbinden, um die Entwicklungsbedürfnisse der Regionen auf kostengünstige, koordinierte und einheitliche Weise zu erfüllen;
- c) fiskalische Instrumente für die regionale Entwicklung, wie steuerliche Regelungen, Transferzahlungen, Finanzausgleichssysteme und Fonds für regionale Entwicklung wirksam verzahnen, um proaktivere Ansätze zur regionalen Entwicklung zu fördern;
- d) Komplementäreffekte zwischen traditionellen und innovativen Finanzierungsquellen auf internationaler, nationaler und subnationaler Ebenen mobilisieren, bündeln und verstärken, um gut konzipierte öffentliche Investitionen, die regionale Entwicklungsziele fördern, zu unterstützen.

9. die Integrität, Transparenz und Rechenschaftspflicht in der regionalen Entwicklungspolitik fördern, um den wirksamen Einsatz öffentlicher Ressourcen zu gewährleisten und das Vertrauen in die nationalen und subnationalen Verwaltungsebenen zu stärken, indem sie

- a) Rechenschaftsmechanismen einführen, die die öffentliche Kontrolle fördern, u. a. durch Strategien und Initiativen für Transparenz und Open Government;
- b) korrekte, aktuelle, verlässliche und benutzerfreundliche Informationen zu den Auswirkungen der regionalen Entwicklungspolitik und zum Einsatz von Fonds für regionale Entwicklung veröffentlichen;
- c) dafür sorgen, dass rechtliche und regulatorische Rahmen die Ziele der regionalen Entwicklungspolitik unterstützen, indem sie insbesondere unnötige regulatorische oder andere administrative Hindernisse abbauen.

10. ein robustes Leistungsmanagement fördern, das eine evidenzbasierte regionale Entwicklungspolitik unterstützt, indem sie

- a) die Umsetzung der regionalen Entwicklungspolitik beobachten und ihre Auswirkungen und Erfolgsbedingungen anhand eines robusten Evaluierungskonzepts, einschließlich realistischer und klarer Indikatoren, evaluieren;
- b) die aus dem Monitoring und der Evaluierung resultierenden Daten und Erkenntnisse systematisch dafür nutzen, die kurz- und langfristigen Ergebnisse und Auswirkungen der Politik besser zu verstehen und zu kommunizieren, die Kohärenz verschiedener Maßnahmen in Bezug auf regionale Entwicklungsziele zu bewerten und neue Politikinitiativen zu fundieren.

- III. **RUFT** die relevanten Interessenträger dazu **AUF**, diese Empfehlung zu unterstützen und anzuwenden.
- IV. **ERSUCHT** den Generalsekretär, diese Empfehlung einem breiten Kreis zur Kenntnis zu bringen.
- V. **ERSUCHT** die zustimmenden Länder, diese Empfehlung allen Verwaltungsebenen zur Kenntnis zu bringen.
- VI. **ERSUCHT** die nicht zustimmenden Länder, diese Empfehlung zur Kenntnis zu nehmen und ihr zuzustimmen.
- VII. **WEIST** den Ausschuss für die Politik der räumlichen Entwicklung **AN**,
 - a) als Forum für den Austausch von Informationen, Erfahrungen und politischen Verfahren zur regionalen Entwicklungspolitik in Bezug auf die Umsetzung dieser Empfehlung zu dienen;
 - b) die zustimmenden Länder bei der Umsetzung dieser Empfehlung durch die Entwicklung eines Toolkits zu unterstützen; und
 - c) dem Rat spätestens fünf Jahre nach Verabschiedung der Empfehlung und im Anschluss mindestens alle zehn Jahre Bericht über die Umsetzung, Verbreitung und weitere Relevanz dieser Empfehlung zu erstatten.

Über die OECD

Die OECD ist ein in ihrer Art einzigartiges Forum, in dem Regierungen gemeinsam an der Bewältigung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Herausforderungen der Globalisierung arbeiten. Darüber hinaus unterstützt die OECD die Regierungen maßgeblich dabei, Antworten auf neue Entwicklungen und Fragestellungen – z. B. Corporate Governance, Informationsökonomie und die Herausforderungen der Bevölkerungsalterung – zu finden. Die OECD bietet den Regierungen einen Rahmen, um Erfahrungen aus verschiedenen Politikbereichen auszutauschen, Lösungen für gemeinsame Probleme zu erarbeiten, gute Praktiken aufzuzeigen sowie nationale und internationale Maßnahmen zu koordinieren.

Die OECD-Mitgliedsländer sind: Australien, Belgien, Chile, Costa Rica, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Island, Israel, Italien, Japan, Kanada, Kolumbien, Korea, Lettland, Litauen, Luxemburg, Mexiko, Neuseeland, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Schweden, die Schweiz, die Slowakische Republik, Slowenien, Spanien, die Tschechische Republik, die Republik Türkei, Ungarn, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten. Die Europäische Union beteiligt sich an der Arbeit der OECD.

OECD-Rechtsinstrumente

Seit Gründung der OECD im Jahr 1961 wurden in ihrem Rahmen rd. 460 Rechtsinstrumente ausgearbeitet. Dazu gehören die Beschlüsse und Empfehlungen, die der Rat der OECD gemäß dem Übereinkommen über die OECD verabschiedet hat, aber auch andere Rechtsinstrumente, z. B. Erklärungen und internationale Übereinkommen.

Alle Rechtsinstrumente der OECD, ob in Kraft oder aufgehoben, sind im Online-Kompendium der OECD-Rechtsinstrumente aufgeführt. Sie gliedern sich in fünf Kategorien:

- **Beschlüsse** werden vom Rat verabschiedet und sind für alle Mitgliedsländer rechtlich bindend, außer für diejenigen Länder, die sich zum Zeitpunkt der Verabschiedung enthalten haben. Sie legen konkrete Rechte und Pflichten fest und können Monitoring-Mechanismen enthalten.
- **Empfehlungen** werden vom Rat verabschiedet und sind nicht rechtlich bindend. Sie stellen ein politisches Bekenntnis zu den darin enthaltenen Grundsätzen dar und sind mit der Erwartung verbunden, dass sich die zustimmenden Länder nach Kräften bemühen, die Empfehlungen umzusetzen.
- **Abschlussdokumente** werden zum Abschluss einer Tagung des Rates auf Ministerebene oder einer sonstigen hochrangigen Tagung im Rahmen der Organisation von den jeweils aufgeführten zustimmenden Ländern und damit nicht von einem OECD-Organ verabschiedet. Sie legen in der Regel allgemeine Grundsätze oder langfristige Ziele fest und haben einen feierlichen Charakter.
- **Internationale Übereinkommen** werden im Rahmen der Organisation verhandelt und vereinbart. Sie sind für alle Vertragsparteien rechtlich bindend.
- **Vereinbarungen, Verständigungen und sonstige Rechtsinstrumente:** Im Laufe der Zeit wurden im Rahmen der OECD mehrere andere Rechtsinstrumente erarbeitet, wie die Vereinbarung über staatlich geförderte Exportkredite, die Internationale Vereinbarung über Grundsätze des Seeverkehrs (International Understanding on Maritime Transport Principles) und die Empfehlungen des Entwicklungsausschusses (DAC).